

Antworten des Landesverbandes DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine von PETA Deutschland e.V.

1. Tierschutz-Verbandsklage

Bundesländer wie Berlin und Baden-Württemberg haben das Tierschutz-Verbandsklagerecht eingeführt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, in Brandenburg ebenfalls ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzorganisationen einzuführen?

Ja. Wir halten eine Tierschutz-Verbandsklage für ein sinnvolles Instrument, um die Einhaltung von Tierschutzvorschriften gerichtlich überprüfen zu können.

2. Landwirtschaft und Ernährung

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei für Ausstiegshilfen für tierhaltende Landwirt:innen und Fischer:innen einsetzen?

Nein. Tierhaltung gehört zur Landwirtschaft und trägt zur Wertschöpfung und zu regionalen Wirtschaftskreisläufen bei. In Brandenburg sind, anders als beispielsweise in nordwestdeutschen Bundesländern, keine überhöhten Tierbestände vorhanden, die einen Rückbau erforderten. Kritisch sehen wir sehr große, nicht flächengebundene Mastbetriebe, die allerdings nicht zur landwirtschaftlichen Tierhaltung rechnen und denen deshalb nicht mit Ausstiegspremien für Landwirt:innen begegnet werden kann.

3. Tierschutzkontrollen

Gemäß Bundesregierung (BT-DS 19/3195) werden tierhaltende Agrarbetriebe in Brandenburg im Durchschnitt nur alle 16,4 Jahre durch Amtstierärzte kontrolliert. Befürwortet Ihre Partei mindestens jährliche Kontrollen von tierhaltenden Agrarbetrieben durch Amtsveterinäre?

Häufigere Kontrollen halten wir für erforderlich, zumal leider immer wieder Verstöße gegen Tierschutzregelungen bekannt werden. Die Kontrolldichte sollte risikoorientiert festgelegt werden. Zuständig dafür sind die Veterinärbehörden der Landkreise.

4. Ernährung

Die „Tierproduktion“ und die Fischerei zählen zu den umwelt- und klimaschädlichsten Industrien. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zumindest in Einrichtungen der öffentlichen Hand täglich ein veganes Gericht zur Auswahl stehen muss?

Wir stehen zu den Zielen der Ernährungsstrategie Brandenburg, den Anteil gesunder pflanzlicher Ernährung in der Gemeinschaftsverpflegung zu erhöhen. In vielen Kantinen ist es bereits heute üblich, täglich ein veganes oder zumindest vegetarisches Gericht anzubieten. Das wird von uns unterstützt, um Wahlfreiheit zu ermöglichen.

5. Tierversuch/Lehre

Trotz erprobter Alternativen werden für die Lehre an Universitäten, v.a. für Sezierkurse, viele tausend Tiere „verbraucht“. Werden Sie sich dafür einsetzen, den Tierversuch für

die Lehre in brandenburgischen Bildungseinrichtungen zu beenden und durch moderne Methoden zu ersetzen?

Bei der letzten Änderung des Brandenburgischen Hochschulgesetzes wurde - mit Unterstützung der Linksfraktion im Landtag - bereits geregelt, dass auf Tierversuche und Tierversuch in Forschung und Lehre verzichtet werden muss, wenn alternative Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Studierenden müssen Prüfungsleistungen unter Verzicht auf Tierversuche erbringen können. Jetzt kommt es darauf an, dies in die Praxis umzusetzen. Wir befürworten in diesem Zusammenhang die Stärkung von Ethikkommissionen, die das im Auge behalten könnten.

6. Jagd

In Brandenburg werden jedes Jahr rund 17.000 Füchse bei der Jagd getötet – oftmals ohne „vernünftigen Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass Füchse in Brandenburg nur noch im begründeten Einzelfall mit behördlicher Genehmigung getötet werden dürfen?

Nein. Wir halten es für sinnvoll, den Fuchs im Jagdrecht zu belassen. Es ist zu bedenken, dass der Fuchsbestand infolge der Tollwutimmunisierung gegenüber früheren Jahren um ein Vielfaches angestiegen ist. Prädation durch Füchse und andere Raubsäuger trägt heute zur Bestandsgefährdung gefährdeter Arten, zum Beispiel wiesenbrütender Vögel, bei. Wir möchten hier keine zusätzlichen Hürden für die Bejagung von Füchsen aufstellen.

7. Sachkundenachweis für Hundehaltung

Niedersachsen hat 2013 den „Hundeführerschein“ als verpflichtenden Sachkundenachweis für angehende Hundehalter eingeführt. Wird sich Ihre Partei für die Einführung eines verpflichtenden Sachkundenachweises für angehende Hundehalter in Brandenburg einsetzen?

Derzeit ist in Brandenburg ein Sachkundenachweis für das Halten von Hunden vorgeschrieben, die als gefährlich gelten. Aus Tierschutzgründen wäre ein allgemeiner Sachkundenachweis sinnvoll. Dies müsste jedoch mit niedrigschwelligen Angeboten zum Nachweis der Sachkunde verbunden werden, um nicht Teile der Bevölkerung von der Hundehaltung auszuschließen.

8. Katzenschutz

Der niedersächsische Landtag hat 2023 als erstes Bundesland beschlossen, eine landesweite Katzenschutzverordnung mit einer Kennzeichnungs-, Registrierungs- und Kastrationspflicht für Freigängerkatzen einzuführen. Wird Ihre Partei eine Katzenschutzverordnung in Brandenburg unterstützen?

Brandenburg hat – nicht zuletzt auf Druck der Linksfraktion im Landtag – 2023 den Landkreisen und kreisfreien Städten die Möglichkeit übertragen, Katzenschutzverordnungen nach § 13b des Tierschutzgesetzes zu erlassen. Wir sprechen uns dafür aus, dies auch den Gemeinden zu ermöglichen. In anderen Bundesländern haben viele Gemeinden solche Möglichkeiten genutzt und Katzenschutzverordnungen erlassen.

9. Angeln

In Brandenburg ist das Angeln auf Friedfische ohne eine erfolgreich abgelegte Fischerprüfung möglich. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, das Angeln ohne Sachkunde zu unterbinden?

Umweltfreundliches Angeln ist aus unserer Sicht eine sinnvolle Beschäftigung in freier Natur. Der Verzicht auf einen Fischereischein zum Friedfischangeln hat sich bewährt und muss aus unserer Sicht nicht in Frage gestellt werden. Umfassende Informationen für alle Anglerinnen und Angler finden sich in der Broschüre „Friedfischangeln ohne Fischereischein“ des Agrar- und Umweltministeriums.